Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 46 (1952)

Heft: 3-4

Artikel: Weltrundschau : auf dem Wege zum Abgrund ; Die unterentwickelten Länder ; Südostasien ; Indien ; Persien ; Die arabische Welt ; Französisch-Afrika ; Britisch-Afrika ; Lateinamerika ; Schlussfolgerungen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139637

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Auf dem Wege zum Abgrund Mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre, verfolgen die Mächtigen dieser Welt den Weg, der zwar nicht sie selbst, aber ihre Völker in den Abgrund einer neuen Kriegskatastrophe zu stürzen droht. An ihrer *Lissabonner Konferenz* haben die Vertreter der Westmächte Ende Februar Beschlüsse gefaßt, die, wenn sie auch in bezug auf die Bereitstellung von 50 «atlantischen» Divisionen bis Jahresende phantastisch sein mögen, doch völlig ernst zu nehmen sind, insoweit sie die endgültige *Wiederaufrüstung Westdeutschlands* und dessen enge Verbindung mit der Atlantikpakt-Organisation festgelegt haben. Die Antwort der Sowjetunion hat nicht lang auf sich warten lassen. Die *Note der Moskauer Regierung* vom 10. März bedeutet in der Tat eine weittragende Änderung ihrer Deutschlandpolitik. Hatte die Sowjetunion bisher auf der radikalen Entmilitarisierung Westdeutschlands und eines neu vereinigten Gesamtdeutschlands bestanden, so will sie jetzt einem geeinigten, souveränen, friedliebenden und demokratischen Deutschland auch eine eigene Armee samt der entsprechenden Rüstungsindustrie zugestehen, unter der Voraussetzung, daß dieses Deutschland allen Militärbündnissen anderer Staaten gegenüber unabhängig und neutral bleibe.

Der hinter dieser Schwenkung der russischen Politik stehende Gedanke ist natürlich unschwer zu erkennen. Moskau glaubt einfach keine andere Wahl mehr zu haben, als entweder die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seinen Anschluß an den Atlantikblock als fertige Tatsache hinzunehmen, mit all den Gefahren, die sich hieraus ergeben müssen, oder aber Westdeutschland die volle «Wehrfreiheit» anzubieten, die es so heiß ersehnt, mit der Auflage, daß es dann auf die Eingliederung in den Westblock verzichte. Vor die Wahl zwischen zwei Übeln gestellt, hat es sich für das vermeintlich kleinere Übel der Wiederbewaffnung Deutschlands entschieden. Wir halten diese Entscheidung für durchaus falsch und verhängnisvoll. Ein Neudeutschland, das nicht wirtschaftlich und sozial von Grund auf umgestaltet ist, aber wieder eine moderne Armee in die Hand bekommt, wird weder demokratisch noch friedliebend sein, sondern militaristisch und aggressiv und wird die Zurückgewinnung seiner verlorenen Ostprovinzen als erstes Hauptziel auf seine Fahnen schreiben, allen Abmachungen eines neuen «Schandfriedensvertrages» zum Trotz. Und dann wird es entweder Krieg geben oder wird das neue Deutschland auf Kosten nicht nur Polens und der Tschechoslowakei, sondern auch der Sowjetunion doch zur beherrschenden Militär- und Wirtschaftsmacht Europas aufsteigen — genau wie es Hitler gewollt hatte.

Nein, mit einer deutschen Nationalarmee muß es ein für allemal Schluß

sein. Die Entwicklung geht ja sowieso auf die Abschaffung *aller* nationalen Armeen hin, die – darin hat Herr Adenauer recht – schon aus technischen und wirtschaftlich-finanziellen Gründen mehr und mehr unmöglich werden. Die militärische Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikblock wäre darum, rein formal angesehen, unzweifelhaft ein Fortschritt gegenüber der Wiederaufstellung einer souveränen deutschen Nationalarmee. Sachlich stellt sie dennoch keine Gewähr für ein Absterben des deutschen Militarismus dar. Diese Gewähr bietet nur die dauernde Entmilitarisierung ganz Deutschlands, unter Verbürgung seiner Sicherheit durch die Westmächte und den Ostblock insgesamt. Das würde dann von selbst der *internationalen* Abrüstung den Weg freimachen, da sich künftighin weder die Westmächte von einer russischen Invasion via Deutschland noch die Sowjetunion von einem westmächtlichen Angriff, an dem Deutschland teilnähme, bedroht fühlen könnten. Es ist merkwürdig, daß die Sowjetunion nicht mit aller Kraft auf *diese* Lösung der deutschen Frage drängt. Peinlich aber ist es, wie die westeuropäischen Kommunisten und ihre Mitläufer ganz automatisch auf die neue Linie der russischen Politik einschnappen, die durch die Note vom 10. März vorgezeichnet wird. Mosca locuta, causa finita. Hat Moskau einmal gesprochen, dann ist der Fall erledigt . . .

Die russische Note öffnet nun zwar den Westmächten bewußt den Weg zu ernstgemeinten Verhandlungen über die künftige Gestaltung von Deutschlands Schicksal. Aber es ist so gut wie sicher, daß Amerika jedes wirkliche Eintreten auf den russischen Vorschlag hintertreiben wird, sofern daraus ein Verzicht auf den Anschluß Westdeutschlands an den Atlantikblock hervorgehen soll, und daß Frankreich und England wie gewohnt, unter Murren freilich, ihrem großen Gönner jenseits des Ozeans folgen werden. Amerika *will* nun eben einmal den westmächtlichen Druck auf die Sowjetunion so sehr verstärken, daß Moskau schließlich kapitulieren *müsse*, und in Westdeutschland hat es bei diesem Streben einen Partner gefunden, dem es an Entschlossenheit, alles auf die militärische Karte zu setzen, gleichfalls nicht gebricht*.

Im Hinblick auf den sich nähernden Zusammenstoß in Europa möchte Amerika in *Ostasien* vorerst eher zurückhalten. Das entspricht offenbar auch der Absicht Nordkoreas und Chinas, die in Panmunjom immer noch auf der Stelle treten und inzwischen den «kalten» Krieg gegen die Vereinigten Staaten fortsetzen, neuerdings mit ihrer unsin-

* Der inzwischen veröffentlichte Text der westlichen Antwort auf die Sowjetnote bestätigt diese Annahme vollauf. Sie lehnt ja jeden Gedanken an eine Neutralisierung Deutschlands schroff ab, weigert sich, die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anzuerkennen und schiebt, nach westdeutschem Wunsch, die Abhaltung sogenannter freier Wahlen in ganz Deutschland als Voraussetzung jeder wirklichen Lösung der deutschen Frage in den Vordergrund. Die Spekulation ist dabei die: freie Wahlen würden das kommunistische Regime in Ostdeutschland wegfegen, die Schaffung eines bürgerlich-«demokratischen» Gesamtdeutschlands nach dem Muster der Bonner Republik ermöglichen und dann dieses neue Alldeutschland mit Sack und Pack ins Lager der

nigen Propaganda gegen die Verseuchung Chinas mit Krankheitsbazillen, die angeblich durch die Amerikaner planmäßig betrieben werde. Allein es ist keineswegs sicher, daß die auf eine Großabrechnung mit dem asiatischen Kommunismus hindrängenden Kräfte in den Vereinigten Staaten nicht doch ihren Willen bekommen. Solange Amerika in aller Form die Regierung Tschiang Kai-sheks auf Formosa unterstützt und nicht zu einer politischen Gesamtregelung in Ostasien Hand bietet, die das neue China vorbehaltlos anerkennt und es in die Organisation der Vereinten Nationen aufnimmt, werden auch die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea nicht entscheidend vom Fleck kommen und bleibt die Gefahr eines Neuaufflammens der Feindseligkeiten und ihrer Ausdehnung auf China selbst bestehen.

Alles in allem: eine unheimliche Lage, voll der schlimmsten Möglichkeiten und ohne Aussicht auf eine grundlegende Wendung zum Guten. Wir gedenken sie in unserer nächsten Rundschau einläßlicher darzustellen in der Erwartung, daß bis dahin gewisse Entwicklungen, in Asien wie in Europa, klarer zu überschauen sein werden als heute.

Die unterentwickelten Länder Amerikas falsche Chinapolitik entspricht natürlich nur seiner verkehrten Einstellung zu den «zurückgebliebenen» und jetzt so elementar vorwärts- und aufwärtsdrängenden Völkern farbiger Rasse überhaupt. Statt diese gewaltige soziale und nationale Freiheitsbewegung entschlossen zu bejahen und zu fördern, sehen die Vereinigten Staaten – und weithin auch die alten europäischen Kolonialmächte – darin nur freiheits*feindlichen* Kommunismus; statt die Revolution der unterentwickelten Völker und Klassen durch großzügige Weltsolidarität in geordnete, friedliche Bahnen zu lenken, organisieren sie die systematische Gegenrevolution, die mit militärischer und wirtschaftlicher Übermacht die Herrschaft des «freien Unternehmertums» in der ganzen Welt sicherstellen soll. Um den verhängnisvollen Widersinn dieser ganzen Haltung zu erkennen, muß man sich freilich in die Lage der «rückständigen» Völker selbst hineinversetzen. Eine amerikanische Zeitschrift, die «Saturday Review of Literature», hat vor einigen Monaten die Amerikaner ermahnt, sich beim Überdenken der Berichte aus dem Fernen Osten immer die folgenden Tatsachen vor Augen zu halten: 1. Die mei-

---

Westmächte hinüberführen helfen. Dann brauchte es allerdings keinerlei Verhandlungen mit der Sowjetunion mehr: die Westmächte ebenso wie Westdeutschland hätten ihr erstes großes Ziel erreicht, ohne den geringsten Preis dafür zu bezahlen, und könnten dann sofort die zweite Etappe unter die Füße nehmen, an deren Ende die Zurückdrängung der Sowjetunion auf ihren «natürlichen» Einflußbereich und die bedingungslose Alleinherrschaft des Westblocks mindestens in Europa stünde. Daß die Russen vorderhand nicht auf diesen Plan einzugehen und Ostdeutschland nicht einfach auf dem Weg über «freie Wahlen» ohne Gegenleistung preiszugeben gesonnen sind, ist zum mindesten verständlich.

sten Menschen in Asien gehen heute abend hungrig zu Bett. 2. Die meisten Menschen in Asien können weder lesen noch schreiben. 3. Sie leben in zermürbender Armut. 4. Sie haben nie einen Arzt gesehen. 5. Sie haben nie etwas von Demokratie gehört. 6. Staatsbürgerliche Freiheiten haben sie nie kennengelernt. 7. Sie glauben, alles andere wäre besser, als was sie jetzt haben, und sie sind entschlossen, es auch zu bekommen. 8. Die meisten Menschen in Asien glauben, Freiheit oder freies Unternehmertum bedeute die Freiheit der westlichen Kolonialmächte, Asien auszubeuten. 9. Sie mißtrauen den Menschen mit weißer Hautfarbe. 10. Sie sind entschlossen, sich nie wieder von Fremden beherrschen zu lassen.

Was von Asien, das gilt auch von Afrika, von Mittel- und Südamerika, ja sogar von Südeuropa. Und die Mahnung der amerikanischen Zeitschrift ist darum auch an uns Westeuropäer gerichtet. Die Kenntnis der *Tatsachen* über das Leben der unterentwickelten, ausgebeuteten Völker und Volksschichten ist wirklich eine Voraussetzung für die rechte Lösung ihrer Probleme, die – weil die Welt *eins* geworden ist – auch unsere Probleme sind und für die Sicherung von Frieden und Freiheit in unserem Erdteil entscheidende Bedeutung gewonnen haben. Wir glauben deshalb unseren Lesern einen Dienst zu tun, wenn wir ihnen heute eine Reihe solcher Tatsachen zur Beherzigung unterbreiten. Wir haben sie aus allen möglichen Quellen zusammengesucht, die wir nicht immer im einzelnen nennen, die wir aber für durchaus zuverlässig halten. Weit entfernt, irgendwie vollständig zu sein, vermögen sie dennoch einigermaßen ein Bild vom Leben der «rückständigen» Völker inmitten unseres «fortschrittlichen», «aufgeklärten» Jahrhunderts zu geben, ein Bild, dessen noch so düstre Farben freilich von der Trostlosigkeit des Daseins dieser Menschenbrüder und -schwestern nur eine ganz blasse Vorstellung vermitteln.

Südostasien Der amtliche Bericht der Vereinten Nationen für 1949/50 über die Wirtschaftslage in der Welt stellt fest: «Im Jahre 1949 bezog etwa ein Drittel der Weltbevölkerung nicht einmal fünf Prozent des gesamten Welteinkommens und hatte wahrscheinlich ein Einkommen von unter 50 Dollar je Kopf und Jahr.» Mit anderen Worten: 800 Millionen Menschen in der Welt müssen von einem Geldeinkommen leben, das nach dem heutigen Wechselkurs etwa 60 Rappen pro Tag entspricht. Der amerikanische Wirtschaftsforscher Colin Clark schätzt, daß vor dem Krieg mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung *unter* der Hungergrenze «leben» mußte. Er hat eine Methode ausgearbeitet, die es erlauben soll, die Lebenshaltung der verschiedenen Völker der Erde miteinander zu vergleichen, indem er eine sogenannte «internationale Einheit» errechnete, das heißt denjenigen Betrag von Gütern und Dienstleistungen, der im Jahrzehnt 1925 bis 1934 in den Vereinigten Staaten durchschnittlich für einen Dollar gekauft wer-

den konnte. Danach standen die Vereinigten Staaten an der Spitze aller Länder mit 1300 bis 1400 Einheiten je Kopf und Jahr, gefolgt von Großbritannien mit 1000 bis 1100 Einheiten. Am unteren Ende der Leiter standen Länder wie Indien mit 200 Einheiten, Indonesien mit 200 bis 250 Einheiten und China mit nur 120 Einheiten. Noch krasser sind die Unterschiede in einer Aufstellung, die ein Bericht der Finanzkommission des amerikanischen Senats vom Jahre 1947 gibt. Das Volkseinkommen betrug demgemäß pro Kopf im Jahre 1939 (ich greife nur ein paar wenige Zahlen heraus) in Großbritannien 468 Dollar, in der Schweiz 445 Dollar, in Holland 338 Dollar, aber nur 34 Dollar in Indien, 32 Dollar auf den Philippinen, 29 Dollar in China und 22 Dollar in Indonesien.

Daß die Gegensätze durch den Krieg geringer geworden seien, ist kaum anzunehmen, und auch die absolute Höhe des Volkseinkommens je Kopf dürfte seither in den meisten Ländern nicht gestiegen sein. Auf jeden Fall wohnt die große Masse der verelendeten Völker in den *kolonialen* und *halbkolonialen* Ländern, vor allem in Süd- und Südostasien mit seinen 600 und mehr Millionen Menschen, die in zwanzig Jahren auf 750 Millionen angewachsen sein dürften. Fassen wir zunächst *Südostasien* ins Auge, also die großen, weitgestreckten Inselgruppen der Philippinen und Indonesiens sowie die auf dem Festland liegenden Gebiete von Indochina, Siam, Burma und Malaya. Ein Teil dieser Länder hat in den letzten Jahrzehnten eine rasche wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Sie sind die Hauptversorgungsquelle der Welt für Zinn und Gummi geworden, spielen aber auch als Petrol- und Reiserzeuger eine bedeutende Rolle in der Weltwirtschaft. Ihre Erschließung ist freilich ganz überwiegend zum Nutzen des europäischen und amerikanischen Kolonialkapitals erfolgt, das sie wirtschaftlich ausbeutet und politisch beherrscht.

Die *Philippinen* sind zwar jetzt nominell ein unabhängiges Staatswesen; in Tat und Wahrheit hat sich an ihrer Eigenschaft als amerikanische Kolonie und Militärbasis nichts geändert. Die Vereinigten Staaten mögen dabei auf ihre Rechnung kommen; daß die einheimische Bevölkerung trotz «großherzigster» Wirtschaftshilfe von seiten Amerikas in denkbar traurigen Verhältnissen lebt, mußte die von der amerikanischen Regierung eingesetzte Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und sozialen Lage auf den Philippinen – die sogenannte Bell-Kommission – vor etwas mehr als einem Jahre selbst feststellen. Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion bleibt nach diesem Bericht immer noch unter Vorkriegsstand. Da die Bevölkerung seit 1940 um 25 Prozent zugenommen hat, so heißt das, daß die Lebenshaltung, die schon vor dem Krieg erschreckend tief stand, noch weiter gesunken ist. «Die Ungleichheiten im Einkommen, die immer groß waren», so sagt die Kommission wörtlich, «sind in den letzten paar Jahren noch größer geworden. Während der Lebensstandard der Volksmasse noch nicht

einmal die Vorkriegshöhe wieder erreicht hat, sind die Gewinne der Geschäftsleute und die Einkommen der Großgrundbesitzer sehr beträchtlich gestiegen.» 75 Prozent der Filipinos leben tatsächlich von magerer Landwirtschaft. Die Löhne betragen in manchen Bezirken, wiederum nach dem Kommissionsbericht, nicht mehr als einen Peso im Tag, obwohl 4000 Pesos im Jahr das mindeste sind, was nötig ist, um eine Familie durchzubringen. Der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über landwirtschaftliche Löhne und Einkommen aus der Urproduktion in asiatischen Ländern (Genf 1949) gibt als Durchschnittslohn in der philippinischen Landwirtschaft sogar nur 0,44 bis 0,50 Pesos (etwa einem Schweizerfranken entsprechend) im Tag an. In der Industrie betrage er 0,61 Pesos (etwa Fr. 1.30) täglich.

Die Bauern werden in zunehmendem Maße von ihrem Boden vertrieben und sind jetzt «nur wenig besser dran als die Peóns (Landarbeiter)». In den Städten lebt die Masse der Bevölkerung womöglich noch jämmerlicher. Insbesondere sei, wie der Bericht betont, für die Wohnbedürfnisse der Lohnverdiener in keiner Weise gesorgt. «Die Hausinstallationen sind eine Drohung für die öffentliche Gesundheit und eine Verleugnung menschlicher Würde.» Ähnlich stellt ein Korrespondent des Londoner «New Statesman» (2. 11. 1950) fest: «Sogar die zusammengepferchten Massenmieter in Schanghai wohnen besser als neun Zehntel der Bevölkerung von Manila, und nur in Kalkutta habe ich ärgeren Schmutz und eine ärgere Überfüllung gesehen. In ‚Gebäuden', die sieben zu fünf Fuß messen (etwa 3,3 m zu 1,5 m) und die aus Wellblech von überschüssigen Kriegsbeständen und ein wenig Bambus hergestellt sind, leben bis zu 20 Menschen, wobei der Monsun-Dauerregen hereintropft und die offenen Abwässer einen besonderen Manila-Geruch verbreiten.» In Manila zählte man noch vor kurzem 140 000 Arbeitslose; im ganzen Land waren es – bei einer Bevölkerung von 19 Millionen — zwei Millionen.

Daß *Indochina* eine Quelle reichster Profite für die französischen Kolonialgesellschaften und -banken ist, ist zur Genüge bekannt; der «schmutzige Krieg» wird nicht umsonst, allen Geld- und Menschenopfern zum Trotz, mit dieser Hartnäckigkeit weitergeführt. Aber auch hier droht das Volk zu verelenden und zu entarten. Das eingeborene Handwerker- und Bauerntum ist ruiniert oder in einer primitiven Betriebsverfassung stecken geblieben. Der Reisbau wird (nach Paul Bernard, «Le Problème économique indochinois», Paris) nur zum geringsten Teil von freien Pflanzern betrieben. In Cochinchina zum Beispiel sind bis zu 80 Prozent der Reisfelder in Pacht gegeben. Was dem Pächter nach Ablieferung des vereinbarten Ernteanteils noch übrigbleibt, reicht kaum aus, um eine Familie zu ernähren. Kein Wunder, daß die Landbevölkerung stark verschuldet ist. Die Arbeiter auf den Gummiplantagen sind nicht viel besser gehalten als Sklaven. Zum Ausgleich wird das Volk recht gut mit Opium versorgt; wurden im Jahre 1934 noch 30 000 kg Opium –

das vor der Eroberung des Landes durch die Franzosen von der Bevölkerung kaum verbraucht wurde – im Lande selbst verkauft, so waren es 1940 schon fast 72 000 kg. Zwischen 1940 und 1944, als Indochina von den übrigen Produktionsgebieten abgeschlossen war, stieg die Mohnerzeugung von 7500 auf 60 000 kg. Auch der Alkoholgenuß wird von den Behörden und privaten Interessenten stark gefördert.

Von *Siam* (Thailand) heißt es, die Bevölkerung habe im allgemeinen genug zu essen und sei politisch nicht interessiert. Lohnarbeit in der Landwirtschaft ist verhältnismäßig selten; der Lohn beträgt, je nach der Gegend, 21 bis 42 amerikanische Cents (etwa 90 Rappen bis Fr. 1.80) im Tag. Über *Burma,* dessen wirtschaftliche wie politische Lage äußerst ungefestigt ist, sind nur spärliche Angaben erhältlich. Vor der letzten Wirtschaftskrise verdienten Industriearbeiter durchschnittlich 25 Rupien (etwa 31 Franken) im Monat, weibliche Kulis nur 15 Rupien (gegen 20 Franken).

In *Malaya* führen die Engländer seit Jahr und Tag einen erbitterten Krieg gegen die «kommunistischen Terroristen». Wo die Wurzeln dieses Kommunismus zu suchen sind, wird einigermaßen klar, wenn man aus dem erwähnten ILO-Bericht erfährt, daß vor dem Krieg ein gelernter Industriearbeiter ganze 80 amerikanische Cents bis 1.20 Dollar im Tag verdiente (etwa Fr. 3.40 bis Fr. 5.20), während landwirtschaftliche Arbeiter Fr. 1.50 bis Fr. 2.60 im Tag erhielten. Anderen Angaben zufolge verdienten vor dem Kriege Gummizapfer auf den Plantagen 70 Rappen im Tag; heute sind es Fr. 2.—, aber Reis, das Hauptnahrungsmittel, kostet jetzt achtmal soviel wie vor dem Krieg. Die Plantagenbesitzer und Bergwerksgesellschaften ziehen indische und chinesische Wanderarbeiter als Lohndrücker heran und tun aus Furcht vor Krisen nichts, um die Seßhaftmachung der Arbeiter zu fördern, obwohl jungfräulicher Boden in Hülle und Fülle da ist. Die Kindersterblichkeit ist hoch: 150 bis 250 auf Tausend. Immerhin ist in Singapore die Kindersterblichkeit seit dem Krieg um 45 Prozent und diejenige der Tuberkulosekranken um 43 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Spitäler hat sich verdreifacht; auch sind 80 neue Schulen gebaut worden. Trotzdem genießt in Malaya nur die Hälfte der Kinder so etwas wie Schulunterricht.

Indonesien ist nun ja politisch frei, trägt aber wirtschaftlich und gesellschaftlich immer noch Kolonialcharakter. Und wenn sich auch vieles zum Besseren gewandelt hat, seit Multatuli seine Anklagen gegen die holländischen Handelsherren erhob, so bleibt doch bestehen, daß, während die Holländer märchenhafte Reichtümer aus ihrer Kolonie zogen, die eingeborene Bevölkerung selbst im ganzen auf einer tiefen Stufe der Lebenshaltung festgehalten wurde. Die Plantagenwirtschaft nahm ihr von Jahr zu Jahr mehr Boden weg und zersetzte die alten agrarkommunistischen Wirtschaftsformen, ohne etwas Besseres an ihrer Stelle schaffen zu können. Übervölkerung, Verschuldung und Steuerdruck verschlechterten die Lage besonders der Kleinbauern zusehends. Während

europäische Reisende von dem «Wunderland» Java schwärmten und die «stillen, schönen Menschen» bewunderten, die da angeblich ein glückseliges, sinnerfülltes Leben führten, wohnte der größte Teil der Bevölkerung nicht nur Javas, sondern auch der anderen Inseln «in winzigen Räumen, die Wände alter Bambus, der Fußboden Erde, heute voll Staub, morgen triefend naß, ohne Fenster. Ein großer Teil der Bevölkerung hat nicht einmal Reis genug und ißt Dschagung und Ketella, Speisen, die der Europäer, auch wenn man sie ihm mit bester Butter zubereitet vorsetzte, empört zurückweisen würde.» (Nach O. Maenchen-Helfen, «Drittel der Menschheit».)

Indonesien ist auf jeden Fall noch heute ein Land rückständigster Wirtschafts- und Sozialverfassung. Seine 80 Millionen Einwohner sind bitterarm; nach den statistischen Mitteilungen der UNO (1949) beträgt ihr Einkommen kaum 25 Dollar, das heißt etwas über 100 Schweizerfranken im Jahr oder 35 Rappen im Tag. Das Durchschnittseinkommen in den Vereinigten Staaten ist nach der gleichen Quelle 6250 Franken im Jahr. Vor dem Krieg verdienten die Plantagenarbeiter durchschnittlich zehn holländische Cents (etwa ebenso viele Rappen) im Tag, die Männer in Westjava 23 bis 35 Cents, die Frauen 12 bis 23 Cents im Tag. Dabei ist freilich nicht klar, was für Leistungen die Arbeiter in natura bezogen. Die Gesundheitsverhältnisse sind weithin ganz unbefriedigend. In Neuguinea sterben acht von zehn Kindern vor dem Reifealter, weil sie von unterernährten Eltern stammen.

Den Durchschnittslohn der Landarbeiter in den südostasiatischen Ländern gibt der ILO-Bericht mit 10 bis 15 amerikanischen Cents (45 bis 65 Rappen) im Tag an. In Thailand, auf Ceylon und auf den Philippinen betrage er mehr, bis zum Doppelten. Und der Bericht faßt zusammen: «Es ist klar, daß der Landarbeiter nicht über genügende materielle Erfordernisse für Nahrung, Kleidung und Obdach verfügte, um sich und seine Familie bei einem solchen Lohn leistungsfähig und gesund zu erhalten, und es ist schwer abzusehen, wie das Leben dabei auch nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit gefristet werden könnte. Verschuldung und Versklavung sind *eine* Lösung des Problems, Kinderarbeit eine andere.»

Indien Von der größten Bedeutung für die Zukunft Asiens wird es sein, wie Indien (und Pakistan) sich entwickelt. Heute zählt es, wie bekannt, zu den ärmsten Ländern der Erde. Das Durchschnittseinkommen betrug vor dem Zweiten Weltkrieg – wir haben es schon früher erwähnt – 34 Dollar je Kopf und Jahr. Aber solche Mittelzahlen besagen eben nicht allzu viel. Man muß das Einkommen bestimmter Einzelschichten der Bevölkerung ins Auge fassen. Und da zeigt es sich, daß nach dem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation das Einkommen der Landbevölkerung – und das sind rund 300 Millionen Menschen – nicht mehr als 51 Rupien (17 Dollar) je Kopf und Jahr beträgt;

in den Städten erhöht es sich auf 166 Rupien (55 Dollar) je Kopf und Jahr. Arbeiter bei Dienstleistungen (Verkehr und dergleichen) verdienen 307 Rupien (etwa 100 Dollar), Industriearbeiter 195 Rupien (65 Dollar), landwirtschaftliche Arbeiter 133 Rupien (45 Dollar) je Kopf und Jahr. Welch ein katastrophales Zurückbleiben hinter den Löhnen und Familieneinkommen in Westeuropa, geschweige in Nordamerika! Die Lebenskraft des indischen Volkes erschöpft sich denn auch zusehends. Betrug die mittlere Lebensdauer des Inders im Jahr 1881 noch dreißig Jahre, so ist sie bis 1931 auf 23,2 Jahre für die männliche und auf 22,8 Jahre für die weibliche Bevölkerung gesunken («Industriearbeit in Indien», Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation 1938). In Westeuropa ist sie zwei- bis dreimal so hoch. Die Kindersterblichkeit ist fast 170 auf 1000 oder dreimal so hoch wie in den fortgeschritteneren Ländern des Westens. In den Dörfern stirbt jedes zweite Kind schon vor dem zehnten Lebensjahr.

Wie Tibor Mende in seiner erschütternden Beschreibung des Bauernelends in Indien («Esprit» 1950, Nr. 10) bemerkt, war die Lage der indischen Bauern vor dem Eindringen der Engländer besser als heute. Sie waren Glieder einer Art Dorfkommune und stellten sich, trotz allen Mißbräuchen des Feudalsystems, verhältnismäßig gut. Die neuen Eigentumsbegriffe, welche die Engländer brachten, die Ausbreitung des Handels- und Industriekapitalismus und das Aufkommen einer modernen Großgrundbesitzerklasse zerschlugen die alte Wirtschafts- und Sozialverfassung und führten zu fürchterlicher Ausbeutung und Auswucherung der Landbevölkerung. Gütchen von 80 Aren und weniger sind sehr häufig; bei der Primitivität der Werkzeuge und Anbaumethoden und den regelmäßigen Dürren und Überschwemmungen reicht ihr Ertrag nicht entfernt für eine menschenwürdige Ernährung aus, so daß Hunger und Verhungern das normale Los einiger hundert Millionen indischer Menschen ist. Dazu kommt namentlich – wie angedeutet – die unbarmherzige Aussaugung der Landbevölkerung durch die verschiedenen Arten von Steuerpächtern, Zwischenbesitzern und Geldverleihern. «So ist denn», schreibt Mende, «gegenwärtig eine halbe Million indischer Dörfer überfüllt von unterernährten, kranken, körperlich schwachen Menschen, die, durch eine Menge abergläubischer Vorstellungen und lähmender Überlieferungen gebunden, nicht die Intelligenz oder Initiative haben, welche nötig sind, um sie aus den durch jahrhundertelanges Elend ausgefahrenen Geleisen herauszubringen, so daß sie nun die Gefangenen ihres Schicksals sind. Dazu ist das bißchen, das eine schlecht organisierte Arbeit aus einem erschöpften Boden herauszuholen vermag, auch noch mit einer skandalösen Ungerechtigkeit verteilt.» Und keine ernsthafte Anstrengung werde gemacht, um der «schmachvollen Sklaverei ein Ende zu machen, die 90 Prozent der Bevölkerung in Fesseln hält». Stoff zum Nachdenken für diejenigen, die gebannt immer nur auf die kommunistischen «Sklavereisysteme» in Osteuropa, Nord- und Ostasien starren!

Persien Kaum besser, in gewissen Gegenden eher noch schlechter, ist es um die große Mehrheit des persischen Volkes bestellt. Hören wir den Bericht eines Iraniers, Amedh Sadegh, über die Verhältnisse in Kuzistan, der persischen Ölprovinz, die fast so groß ist wie Frankreich (vgl. «Défense de la Paix», Paris, Oktober 1951):

«Ich bin wochenlang auf den Wegen von Kuzistan herumgeirrt. Diejenigen Bauern, die keine Anstellung in den Petrolwerken finden oder, weil krank oder zu alt, von der Gesellschaft entlassen wurden, haben sich zu Nomadengruppen zusammengetan, die Kollektivbettel betreiben. Ihr Leben ist schmerzvoll. Unter den Kindern, Frauen und Jugendlichen wüten Tuberkulose und Pocken. Auf Schritt und Tritt stößt man auf einen Blinden. In Behbahan habe ich Bauern getroffen, die sich darauf versteiften, auf ihren Feldern zu bleiben: sie haben nichts anzuziehen und man sieht sie armselig in alten, geschwärzten, zerrissenen und schmutzigen Mehlsäcken stecken. 120 Kilometer von Kermanschah habe ich eine Menschenherde weiden gesehen. Es sind das Dinge, die ein Europäer nicht begreifen kann, und es gibt da Bilder, die ein Mensch nicht ertragen kann: Frauen und Kinder rissen das Gras mit den Zähnen ab, ihre Augen starrten mich an, ohne mich zu sehen. Ich ging dann am gleichen Tag auf das Gemeindeamt von Kermanschah und wollte Näheres erfahren; man hörte mich ohne Widerrede an und antwortete mir: ‚Sind Sie vielleicht Kommunist?'

... Ich bin drei Tage in Kaghar Abad, dem Arbeiterquartier von Abadan, geblieben, das ‚aus Papier gebaut' scheint. Es ist die größte Arbeitersiedlung Irans. In Kaghar Abad lebt man nicht, man stirbt. Es fehlt an Brot, es fehlt an Wasser und Licht, die Tuberkulose ist sehr verbreitet, aber man versteckt sie, um nicht ausgewiesen zu werden. In Kaghar Abad läuft das Wasser in offenen Kanälen und vermischt sich mit den Abwässern der Oberstadt und dem Staub der nicht asphaltierten Straßen. Infolge der Arbeitslosigkeit ist das Lohnniveau unglaublich tief. Ich habe mit einem alten Arbeiter gesprochen, der drei Kinder und eine kranke Frau hat; er bekommt 5000 (französische) Francs (etwa 40 Schweizerfranken) im Monat. Und als ich ihn nach dem Preis des Fleisches fragte, sah er mich belustigt an: ‚Seit dem Krieg habe ich keines mehr zu schmecken bekommen', antwortete er mir. Der Krieg – das ist nämlich der von 1945. Er und seine Familie hausen in einem Loch: 1500 Francs im Monat, und man erstickt darin. In ganz Abadan herrscht übrigens eine verrückte Hitze: über 50 Grad. Zwölf Stunden arbeitet er täglich, ‚eine Arbeit, die dir das Blut aussaugt', sagte er zu mir und hustete dabei. Seine Kinder kauern in einer Ecke – bleich, mager und krank. Mir kommt der Gedanke, daß der Alte an der Krankheit seiner Frau sterben wird, daß auch seine Frau fort muß – und dann, was wird aus den Kindern?»

Wie es in Persien im Winter aussieht, erzählte unlängst Kingsley Martin im «New Statesman» (19. 1. 52):

«Teheran und der bewohnbare Teil Persiens weithin liegt 5000 oder mehr Fuß über dem Meer. Um diese Jahreszeit ist es mindestens so kalt, wie wir es in England im Winter je zu erwarten haben. In den Hotels und den großen Häusern machen Petrolöfen das Leben rasch erträglich. Aber für einen großen Teil der Bevölkerung schien es keinerlei Art von Heizung zu geben. Die Straßen von Teheran sehen an einem frostigen Tag fast aus wie eine Kleinausgabe von Kalkutta, das durch eine Laune der Natur gefroren ist. Viele, so glaube ich, schlafen nachts auf den Straßen... Nicht ein Mann auf zwanzig machte mir den Eindruck, als habe er einen ganzen Anzug... Verarmung heißt in Iran buchstäblich ohne Nahrung oder Obdach sein, und ich hörte von einer Stadt, in der, wie kürzlich eine Erhebung ergab, fast ein Drittel der Bevölkerung in diesem buchstäblichen und bestimmten Sinn verarmt ist.»

Von Iran im ganzen gibt es vielleicht das beste Bild, wenn wir eine Stelle aus James Aldridges Roman «Der Diplomat» anführen, der auf genauer Kenntnis von Land und Leuten in Persien beruht:

«Das iranische Volk ist unterdrückt, verarmt, von Hunger und Krankheit heimgesucht. Seine Sterblichkeitsziffer gehört zu den höchsten der Welt. Die Kindersterblichkeit ist derart, daß den unteren Volksschichten völliges Aussterben droht. Gegen ihren Willen sind sie von feudalistischen Grundbesitzern beherrscht, von grausamen Chans und bestochenen Industriellen. Die Bauern sind Sklaven; die Arbeiter schuften für einen Hungerlohn zwölf Stunden im Tag und können damit nicht einmal Frau und Kinder ernähren... Es gibt keine Lohntarife, keine rechten Gewerkschaften, sehr wenig Spitäler, keine Gesundheitspflege, weder Wasserleitung noch Bodenberieselung, weder anständige Wohnungen noch brauchbare Straßen. Das Volk ist rechtlos, jeder Freiheit beraubt; seine parlamentarischen Rechte sind durch korrupte Wahlmanöver vernichtet. Es leidet unter dem Terror eines Polizeiregimes und wird von Getreide- und Geldspekulanten bis aufs Mark ausgebeutet.»

Fügen wir noch bei, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung dem Opium verfallen ist, auch die Kinder, von denen sieben auf zehn sterben, bevor sie zehn Jahre alt werden, dann ist wohl das Wesentliche gesagt, was hier über die Elendslage des persischen Volkes zu sagen war.

Die arabische Welt Im Grunde nicht sehr viel anders als in Iran sind die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den arabischen Ländern des Vorderen Orients. Darauf weist schon die Einkommensstatistik hin. Das Volkseinkommen betrug im Jahr 1949 nach einer Schätzung der Forschungsabteilung der Vereinten Nationen je Kopf der Bevölkerung: in Irak 85 Dollar pro Jahr, in Syrien 100 Dollar, im Libanon 125 Dollar, in Saudi-Arabien und Yemen 40 Dollar, in Ägypten 100 Dollar. *Irak* ist zwar mit seinen gewaltigen Wasserkräften, seinem unerhört fruchtbaren Boden und seinen bedeutenden Ölvorkommen ein Land, das reich sein *könnte*. Sein feudal-kapitalistisches Wirtschaftssystem und sein verlottertes, frühmittelalterliches politisches Regime machen es zu einem der ärmsten Länder der Erde. Der Boden

gehört, soweit er überhaupt bebaut wird, einer dünnen Schicht von reichen Großgrundbesitzern, die, zusammen mit ihren Agenten und dem Staat, die landwirtschaftliche Bevölkerung aufs rücksichtsloseste auspressen. Nach Samuel Rolbant, «The Arabs» (London 1948), leben 80 Prozent der Einwohner Iraks unter dem Existenzminimum. 95 Prozent können weder lesen noch schreiben. Die Hälfte der Kinder stirbt vor Erreichung des fünften Jahres. Jedes Jahr sterben 50 000 bis 70 000 Menschen allein an Malaria (bei einer Gesamtbevölkerung von drei Millionen). Die verhältnismäßig junge und wenig zahlreiche Arbeiterklasse leidet – abgesehen von den besseren Verhältnissen in der Petrolindustrie – unter elenden Arbeitsbedingungen, langer Arbeitszeit (10 bis 12 Stunden täglich in diesem heißen Klima) und niedrigen Löhnen (1 bis 3 Franken für Erwachsene im Tag, 50 Rappen bis 1 Franken für Kinder).

In *Syrien* liegen drei Viertel des anbaufähigen Landes öd. Die Fellachenbevölkerung lebt in schwarzem Elend; etwa 2 Drittel des landwirtschaftlichen Ertrags fallen den paar hundert Großgrundbesitzern zu, die auch Ortsbeamte, Richter, Polizisten usw. in einer Person sind. Dazu kommt die Macht der lokalen Wucherer, die von den überschuldeten «Bauern» bis zu 50 Prozent Zins eintreiben. Die Wohnungsverhältnisse auf dem Land spotten jeder Beschreibung. Krankheiten und Seuchen richten schwere Verheerungen an. Den Bewohnern der 3000 Dörfer stehen nur 50 Ärzte zur Verfügung – einer auf 150 000 Menschen. In den Städten, im Gewerbe, im Handel und Verkehr wie in der schwach entwickelten Industrie sind die Verhältnisse im allgemeinen etwas besser.

Der fortgeschrittenste Staat im Vorderen Orient ist *Libanon*. Etwa die Hälfte der Bevölkerung gehört christlichen Bekenntnissen an; der Bildungsstand ist dank französischem und amerikanischem Einfluß verhältnismäßig hoch, wenngleich auch hier rund 56 Prozent der Männer und 77 Prozent der Frauen ungeschult sind. Große Gegenden sind auch im Libanon arg vernachlässigt; im Süden haben 80 Dörfer kein rechtes Trinkwasser, und dieser ganze Landesteil mit 317 Dörfern hat kein einziges staatliches Krankenhaus. Die Löhne der Arbeiter sind niedrig; der gesetzliche Mindestlohn von 120 Schweizerfranken im Monat wird häufig nicht erreicht und steht in keinem Verhältnis zu den immerzu steigenden Kosten der Lebenshaltung.

Der Raum erlaubt mir nicht, auf die Verhältnisse in Transjordanien, Saudi-Arabien (wo die Sklaverei noch eine gesetzmäßige Einrichtung ist) und im Jemen einzutreten. Auch für diese Länder gilt, was der Amerikaner Bartley Crum in seinem Buch «Der Seidene Vorhang» von der arabischen Welt überhaupt feststellt: «Die Lehre von Menschenrechten und persönlichen Freiheiten – die Auffassung, daß jedermann als menschliches Wesen seine Würde hat und die schlummernde Fähigkeit besitzt, sich aus dem Schmutz einer tierischen Existenz zu erheben – ist noch nicht in die Bollwerke des islamitischen Autoritätsgeistes eingedrungen.»

Hingegen muß, im Blick auf die aktuellen Ereignisse, noch ein Wort

über *Ägypten* beigefügt werden. Auch hier ist die empörend ungleiche Verteilung des Bodens die Wurzel der meisten Übel. Nach einer Zählung vom Jahr 1947 besaßen rund 12 000 Grundbesitzer, das ist nicht einmal ein halbes Prozent der Gesamtheit, 37 Prozent des bebauten Bodens. Fast zwei Millionen Bauern besaßen kaum einen Feddan, nicht einmal die Hälfte dessen, was zur Erzeugung des primitivsten Unterhalts nötig ist. Mehr als 13 Millionen Bauern sind überhaupt ohne Land. Entsprechend trostlos ist die Lage der Landbevölkerung – vollkommenes Elend, Schmutz, Krankheiten, Laster und Unbildung sind die Regel. 1940/41 starben (bei einer Gesamtbevölkerung von 17 Millionen) jährlich 250 000 Kinder unter fünf Jahren. Die Sterblichkeit im ganzen ist höher als sogar in Indien: 27,2 auf tausend im Jahr 1937 gegen 22 in Indien. Die Arbeiter in Industrie, Handel und Gewerbe werden gröblichst ausgebeutet. Der Durchschnittslohn in der Industrie wird mit 16 Schweizerfranken 25 Rappen pro Woche angegeben; in der Textilindustrie der Gegend von El Mehalla-El Kubra mit etwa 47 000 Arbeitern und Arbeiterinnen beträgt er nach Rolbant Fr. 8.40 bis Fr. 11.40 pro Woche. Für die 6000 Kinder, die in diesem Bezirk beschäftigt werden, stellt er sich nur auf 40 bis 50 Rappen im Tag, also Fr. 2.40 bis 3.— in der Sechstagewoche. In der Landwirtschaft ist das Kinderelend noch größer. «Es ist nicht ungewöhnlich», so schreibt Doreen Warriner in «Land und Armut im Mittleren Osten» (1948), «ganze Gruppen junger Mädchen von fünf Jahren aufwärts Baumwolle pflücken zu sehen, hinter ihnen der Gruppenführer mit der Peitsche in der Hand.» Die Landarbeiter fallen nicht unter das Arbeitsgesetz von 1942, das die Gewerkschaften anerkannte, weil ihre Unterstellung unter das Gesetz nach der Ansicht des Berichterstatters in der Abgeordnetenkammer «dem Kommunismus Tür und Tor öffnen würde». Wirklich: die herrschende Klasse Ägyptens hat allen Grund, *ihre* Freiheit – diejenige zu Bereicherung und Ausbeutung – gegen die Freiheitsbewegung des *Volkes* zu schützen! Mit den Worten Bartley Crums: «In einem Land, in dem 85 Prozent der Bevölkerung ungeschult sind, in dem eine schmale Schicht, die vielleicht 5 Prozent der Bevölkerung darstellt, nahezu 95 Prozent des Nationalvermögens besitzt und – soweit es sich um die Verantwortung gegenüber dem Volk handelt – mit vollendetem Zynismus regiert, ist Demokratie, die das Schwergewicht auf die Ausübung der Macht durch die Massen legt, ein bedrohlicher Begriff.» Darum neuerdings auch der Versuch der Oberklasse, ihre Herrschaft durch einen neuen Kompromiß mit den Engländern zu retten und anderseits – die beiden Tendenzen laufen durcheinander und teilweise gegeneinander – die parlamentarische Opposition durch eine offene Militärdiktatur zu ersticken.

Französisch-Afrika «Obgleich Afrika der drittgrößte Kontinent der Welt ist, der ein Areal von 30 Millionen Quadratkilometer mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 200 Millionen be-

deckt und den industrialisierten Ländern Westeuropas am nächsten liegt, ist er doch der wenigst entwickelte, und man weiß nicht viel über die Wirkungen des kapitalistischen Systems auf die einheimische Bevölkerung», schreibt George Padmore, selbst ein Afrikaner, in seinem grundlegenden Buch «Afrika unter dem Joch der Weißen». Seit dieses Buch erschienen ist (es war noch vor dem Zweiten Weltkrieg), hat sich in Afrika viel geändert, zum Besseren geändert; geblieben ist aber, daß die Schwarzen – wie Padmore sagt – eine zwiefache Bürde tragen: die der Klasse und der Rasse, daß sie also sowohl als Arbeitskräfte ausgebeutet werden wie als angeblich unterlegener Menschenschlag. Daran hat grundsätzlich auch der Umstand nichts geändert, daß ein Teil der afrikanischen Kolonien europäischer Mächte jetzt unter der «Treuhänderschaft» der Vereinten Nationen steht. Rita Hinden, eine britische Autorität in Kolonialfragen, bemerkt (in «Empire and after», 1949) mit Recht, es könne nicht oft genug wiederholt werden, daß auch Treuhänderschaft tatsächlich Imperialismus bedeute. «Die Fremdherrschaft hat die einheimische Gesellschaft mit ihren alten Sitten und ihrem Zusammenhalt zersetzt, hat es aber nicht fertiggebracht, sie durch eine neue Gesellschaft mit irgendwelcher eigenen organischen Einheit zu ersetzen. Das ist vielleicht die Kerntragödie des Kolonialsystems ... Außenstehende Gruppen von Kapitalgesellschaften eröffnen Plantagen, stellen hochbezahlte europäische Leiter, gelernte Arbeiter und schlecht bezahlte eingeborene Arbeitskräfte an. Ihre Erzeugnisse werden in Übersee verkauft, und der Gewinn fließt ausländischen Aktionären zu, wobei vielleicht nur ein kleiner Bruchteil in Form von örtlicher Besteuerung zurückbleibt. Die Handelsmonopole betreiben die Ausbeutung in anderer Weise. Durch Verfügung über die Schiffahrt und ein Monopol des Einfuhrhandels vermögen sie das ganze Wirtschaftsleben des Landes zu beherrschen.»

Das gilt auch von den *französischen* Kolonien, Protektoraten und Treuhandgebieten in Afrika. Greifen wir *Tunesien* heraus, das ja gegenwärtig die Aufmerksamkeit besonders auf sich zieht. Die Lage der einheimischen Bevölkerung – im Gegensatz zu jener der französischen Herrenkaste – ist jämmerlich. «Die Arbeitslosigkeit wütet immer noch in Tunesien, das Elend ist hier groß, und die Dürre des letzten Sommers hat es noch vermehrt. Eine Million Tunesier von dreien sind unterernährt; sie bekommen nach der ärztlichen Statistik 1700 Kalorien im Tagesmittel, während sie 3000 haben sollten. Die Kinder sind noch elender dran als in Algerien, und in bestimmten Gegenden leiden 90 Prozent von ihnen unter der schrecklichen Augenkrankheit Trachom. Die Kindersterblichkeit ist erschreckend: ein Kind von fünfen stirbt, bevor es ein Jahr alt ist. Nur zwölf Prozent dieser Kinder gehen in die Schule, immerhin ein klein wenig mehr als in Algerien, wo es bloß zehn Prozent sind.» («Cahiers Internationaux», Paris, Dezember 1951.)

Wie eine vom tunesischen Gewerkschaftsbund herausgegebene Denkschrift (ich zitiere nach den «Freigewerkschaftlichen Nachrichten», März

1952) feststellt, stehen auch die Sozialgesetzgebung und der Arbeiterschutz in Tunesien auf niedrigstem Niveau. Arbeitslosenunterstützung gibt es so wenig wie Krankengeld oder Alters- und Invalidenrenten. Die Regierung hat das ausschließliche Recht zur Lohnfestsetzung, wobei die Löhne natürlich dauernd stark hinter der Teuerung zurückbleiben. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist sehr eingeengt; ganze Bezirke sind für die Gewerkschaften gesperrt, und in den anderen werden Gewerkschaftsversammlungen von den Behörden unter nichtigen Vorwänden verboten. Auch die Landarbeiter sind fast schutzlos der Ausbeutung preisgegeben; 16 Stunden täglicher Arbeit zu einem Taglohn von 200 französischen Francs (2.50 Schweizerfranken) ist keine Seltenheit. Die soziale und politische Gärung in Tunesien, die die Franzosen jetzt mit «starker Hand» zu ersticken suchen, hat in *diesen* Verhältnissen ihre Hauptursache.

Ähnlich steht es im französischen Nordafrika überhaupt. Kein Wunder, daß die Araber von Marokko, Algerien und Tunesien massenhaft auswandern, um sich der kolonial-imperialistischen Ausbeutung zu entziehen. Allein in Frankreich leben zurzeit, nach einer Schätzung von M'hammed Ferid Gazi im «Esprit» (Februar 1952) etwa 800 000 nordafrikanische Arbeiter. Aber sie geraten hier gewöhnlich vom Regen in die Traufe. Sie sinken auch im «Mutterland» rasch auf die tiefste Stufe des Proletarierdaseins, sind sogar in doppeltem Sinn Proletarier: als meist ungelernte, leicht ausbeutbare Arbeitskräfte und als Fremde, als Kolonialmenschen, die aus einer völlig anderen Zivilisationswelt stammen.

In Französisch-*West und -Zentralafrika* war es insbesondere die Zwangsarbeit, die bis vor einem halben Dutzend Jahren die Eingeborenen außer Landes trieb und eine eigentliche Entvölkerung bewirkte. Die Plantagenbesitzer wie auch die Verwaltungsbehörden sicherten sich durch dieses Zwangsregime spottbillige Arbeitskräfte. «Oft wurden so alle kräftigen Männer eines Dorfes, samt den afrikanischen Landbesitzern, ja auch die Frauen und Kinder, gewaltsam in die großen Pflanzungen verschleppt, wo sie unter schauderhaften Wohnungsverhältnissen lebten, fast ausschließlich mit Hirse ernährt wurden und im Jahre 1944 einen festen Lohn von 3.50 bis 4 französische Francs im Tag für Männer, von 2.25 Francs für Frauen und Kinder bekamen.» («Cahiers Internationaux», Januar 1950.) Durch Gesetz vom 11. April 1946 ist nun die Zwangsarbeit zwar aufgehoben, aber der alte Zustand wirkt immer noch aufs stärkste nach. Die Löhne haben sich im Durchschnitt immerhin ganz bedeutend gehoben, bis auf 160, ja 220 Francs im Tag (wobei freilich die starke Geldentwertung zu berücksichtigen ist), bei freier Kost und Wohnung. Doch bleiben sie immer noch weit hinter denjenigen der weißen Arbeitskräfte zurück, erreichen sie doch beispielsweise in Guinea nur den fünften bis achten Teil der Europäerlöhne.

Da die Kolonialwirtschaft vor allem Handlanger und keine gelern-

ten Arbeiter braucht, wird der Schulunterricht für die Afrikaner völlig vernachlässigt. Man will «keine Revolutionäre heranzüchten». In den Schulen von Französisch-Westafrika zählte man 1939 nur 80 000 Schüler, bei 2 700 000 Kindern im schulfähigen Alter. In Zentralafrika waren es nur 20 000 eingeborene Schüler auf 500 000 schulfähige Kinder.

Über die Ernährungsverhältnisse in diesen Teilen Afrikas sagt der Bericht der UNO-Konferenz für Ernährung und Landwirtschaft vom Jahre 1943, es lägen «reichliche Beweise für Mangelkrankheiten durch Unterernährung» vor, zumal die Bevölkerung meistens auf eine einzige Ernte für ihre Versorgung mit Lebensmitteln angewiesen sei.

Am unerträglichsten wurden innerhalb des französischen Kolonialreiches die Zustände auf *Madagaskar*, besonders während des Zweiten Weltkrieges. (Wer ein genaues Bild davon gewinnen will, lese die Schilderung im Sonderheft von «Esprit» über Madagaskar, Februar 1948.) Die Folge war der große Aufstand, der ein sanftes, friedliches Volk in ein revoltierendes Kriegsvolk verwandelte und von den Franzosen mit einer auch in der Kolonialgeschichte nur selten erlebten Grausamkeit niedergeschlagen wurde. Die Zahl der Todesopfer unter den Madagassen wird auf nicht weniger als 80 000 geschätzt!

Britisch-Afrika In den britischen Kolonialgebieten sind, als Ganzes genommen, die Verhältnisse günstiger. Dennoch mußte eine Denkschrift, welche die Labourpartei im Jahre 1943 über die Kolonialfrage veröffentlichte, feststellen: «Die Bevölkerung der britischen Kolonien in Afrika und im Pazifik steht in bezug auf Lebensstandard und ihren Anteil an all dem, was man unter Zivilisation versteht, tiefer als die meisten Völker und Nationen der Erde.» «Ihr Gesundheitszustand wird mit seinen katastrophalen Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Art (ein Arzt auf 60 000 Personen), kaum irgendwo unterboten.» «Es besteht Zwangsarbeit, mindestens indirekt, indem die männlichen Eingeborenen durch Kopfsteuern gezwungen werden, aus ihrem Stammgebiet auszuwandern und sich bei weißen Pflanzern oder in Bergwerken zu verdingen», wobei – was der Bericht nicht erwähnt – die Arbeit in den Bergwerken oft zu baldigem Tod oder dauerndem Siechtum führt. Wie Paul Furrer in der «Roten Revue» (Mai 1950) feststellt, können in keiner britischen Kolonie mehr als 20 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben, und höchstens ein Prozent hat mehr als diese elementarsten Kenntnisse. «In einer der fortgeschrittensten britischen Kolonien in Westafrika kommt ein Arzt auf 130 000 Eingeborene. Zwei Drittel der Tropenbevölkerung leiden an Malaria ... Medizinische Berater der Kolonialregierung haben ihre Ansicht schon in den Worten ausgedrückt: Was der Schwarze zunächst nötig hat, sind zwei währschafte Mahlzeiten pro Tag und zwei Paar Schuhe per Jahr.» Auch die Fabierschrift «Hunger und Gesundheit in den Kolonien» unterstreicht immer wieder die ganz ungenügende Ernährung der Neger-

bevölkerung und die damit zusammenhängende außerordentlich große Anfälligkeit für Krankheiten. In einigen Gegenden Afrikas sterbe je eines von drei Kindern bei der Geburt, während die Hälfte der geborenen Kinder nicht einmal ein Jahr alt werde.

Um noch ein paar Einzelbeispiele anzuführen, sei erwähnt, daß in *Nordrhodesien*, wo «König Kupfer» regiert, in den letzten Jahren die weißen Arbeiter Löhne von 40 bis 70 Pfund (etwa 480 bis 840 Franken) im Monat bekamen, die schwarzen aber nur drei Pfund (36 Fr.). Die weißen Arbeiter leben in Wohnquartieren, die europäischen Verhältnissen entsprechen; die schwarzen sind in Lagern zusammengepfercht, leben von ihren Familien getrennt und bekommen ihre Lebensmittelrationen von den Unternehmungen zugeteilt. In *Tanganjika* betrug nach dem Bericht des Treuhandschaftsrats der Vereinten Nationen für 1950/51 die Fläche des den Eingeborenen abgenommenen Bodens, im Jahr 1950, einen Drittel des gesamten bebauten Landes. Die Löhne in der Landwirtschaft wie in den Bergwerken sind für die Schwarzen denkbar niedrig. 25 000 Jugendliche unter 18 Jahren waren landwirtschaftlich und industriell beschäftigt. Das Strafgesetz erlaubt jeder Privatperson, ein «Individuum» zu verhaften, das nach ihrer Ansicht (!) ein erkennbares Vergehen begangen hat oder das sie «vernünftigerweise im Verdacht hat», ein Verbrechen begangen zu haben. Polizeibeamte dürfen ohne Haftbefehl Leute verhaften, die nach ihrer Meinung nur die Absicht haben, ein Verbrechen zu begehen, oder die in ihrer Gegenwart «die öffentliche Ordnung stören». Daß für die öffentliche Erziehung der Eingeborenenbevölkerung unter solchen Umständen so wenig wie irgend möglich getan wird, ist begreiflich genug.

In *Njassaland* zum Beispiel werden für die Schulung eines europäischen Kindes rund 220 Franken (nach unserer Währung) im Jahr aufgewendet, für diejenige eines afrikanischen Kindes nur etwa Fr. 1.10. Für *Kenja* (das frühere Deutsch-Ostafrika) sind die entsprechenden Zahlen 316 Franken und Fr. 9.60.

In den *westafrikanischen* Kolonien und Treuhandgebieten liegen die Dinge ungefähr gleich. Die afrikanischen Arbeiter in den staatlich betriebenen Kohlenbergwerken von Enugu, Nigeria, verdienen Fr. 3.40 bis Fr. 9.25 in der Woche, wovon sie, wenn sie verheiratet sind und zwei Kinder haben, allein für Miete und Nahrung Fr. 5.40 in der Woche ausgeben müssen. In den privat betriebenen Zinnbergwerken von Nigeria bekommen sie einen Wochenlohn von durchschnittlich Fr. 2.10 bei regelmäßiger Arbeit und von Fr. 1.60 bei unregelmäßiger Arbeit. Frauen und Kinder verdienen in der Tabakindustrie bei Ibadan 30 Rappen im Tag. (Nach dem Bericht von Major Orde-Browne, Berater für Arbeiterfragen im britischen Kolonialministerium, für 1941.)

Die Gesundheitsverhältnisse in Nigeria sind (nach Padmore, «Africa: Britain's Third Empire», 1949) ganz bedenklich. Über 20 Millionen Menschen leben aus landwirtschaftlicher Beschäftigung auf einer sehr tiefen

Stufe; Unterernährung und Krankheiten sind weit verbreitet. Die Kindersterblichkeit in Lagos beträgt 110 auf Tausend, gegen 40 bis 50 in den europäischen Ländern. 9 bis 10 Prozent aller Todesfälle entfallen auf Tuberkulose als Ursache. Dabei ist Nigeria nicht nur der größte, sondern auch, seit Indien selbständig geworden, der wertvollste Kolonialbesitz Großbritanniens.

Lateinamerika Verhältnismäßig wenig bekannt sind bei uns die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in den mittel- und südamerikanischen Ländern. Und doch sind sie, soweit die Masse der eingeborenen Bevölkerung (Indianer) in Betracht kommt, so elend wie nur irgendwo sonst in zurückgebliebenen Erdteilen. Die Berichte des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) werfen darauf ein gewiß nicht allzu scharfes und doch erschreckendes Licht. Denn die noch nicht entfernt gehobenen Reichtümer der lateinamerikanischen Länder kommen ja nur zum allergeringsten Teil dem arbeitenden Volke zugut; sie fließen in der Hauptsache den Großgrundbesitzern und Plantagenunternehmern spanischen und portugiesischen Geblüts (oder gemischter Abstammung) sowie immer mehr den ausländischen, besonders nordamerikanischen Kapitalgesellschaften zu, wobei zwischen den verschiedenen Interessengruppen selbst bitterer Gegensatz und Kampf besteht, wie die ewigen «Revolutionen» und Militärputsche zeigen, deren Sinn im einzelnen zu enträtseln für den Fernerstehenden ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Das sogenannte Volkseinkommen in den mittel- und südamerikanischen Staaten ist meist außerordentlich niedrig. Es beträgt nach der Denkschrift der Internationalen Arbeitsorganisation über die Anstellungsverhältnisse landwirtschaftlicher Arbeiter in Lateinamerika (Genf, 1949) in Ekuador 30 Dollar je Kopf und Jahr, in Bolivien 40, in Peru 60, in Mexiko 65, in Brasilien 85, in Kuba 115, in Chile 135, in Argentinien 295 Dollar (in den Vereinigten Staaten 1260 Dollar).

Vor allem ist auch hier der Boden, der allen gehören sollte, Privatbesitz, und das heißt, dem ursprünglichen Wortsinn entsprechend, geraubter Besitz einer kleinen Minderheit. In Chile zum Beispiel entfallen nach der letzten Zählung fast 78 Prozent alles landwirtschaftlich benützten Bodens auf nur 2,8 Prozent der Betriebe. In der argentinischen Provinz Buenos Aires sind fast 20 Prozent des Gesamtbodens in den Händen von 300 Personen. 3500 Personen besitzen (1942) fast die Hälfte des Bodens. In Argentinien, Chile, Bolivien, Teilen von Brasilien und auf Kuba wird die Hälfte des anbaufähigen Landes von Großgütern beansprucht. Eine amtliche Untersuchung über die Kakaopflanzungen im brasilianischen Staat Bahia zeigt, wie sehr die Plantagen das Verderben des Volkes sind. Die Besitzer weigern sich, den Arbeitern irgendwie ausreichendes Land für den Anbau von Nahrungsmitteln und die Haltung von Vieh zu überlassen. Der Arbeiter lebt von Trockenfleisch und

gedörrten Bohnen, die er vom Besitzer teuer kaufen muß. Chronische Unterernährung und Krankheiten sind die natürliche Folge. Der Bericht erwähnt, daß in dem Landstädtchen Recife von 976 Kindern nur 97 regelmäßig Milch bekommen. Im Hochland von Ekuador, wo die Kartoffel uraltes Landesprodukt ist, können sich viele Indianer nur an Feier- und Markttagen ein Kartoffelgericht leisten. «Die Mehrheit der Indianer in der Provinz Chimborazo», so stellt eine wissenschaftliche Untersuchung fest, «lebt hauptsächlich von Gerste . . . Im Norden sind gesottener Kohl und Zwiebelbrühe die gewöhnlichen Nahrungsmittel. Der Indianer ißt kaum jemals Fleisch; Kaffee ist sozusagen unbekannt.» Unterernährung, Mangelkrankheiten und körperlicher Verfall werden in vielen Gegenden Südamerikas als normale Erscheinungen bezeichnet. Dafür wird den Indios Alkohol, zum Beispiel aus den Brennereien der Zuckerrohrplantagen, massenhaft aufgedrängt, aber auch sonst aus Mais, Reis und Cassava überreichlich zur Verfügung gestellt, mit der Wirkung, daß, wie ein Bericht sagt, die Bevölkerung in «unmittelbarer Gefahr ist, biologisch zu verarmen und zu entarten, verbrecherische Neigungen zu entwickeln und wirtschaftlich vollends zusammenzubrechen». Dazu kommt dann noch der in einigen Ländern übliche Genuß von Kokain (aus den Blättern der Koka-Pflanze stammend), der vollends die Körper und Seelen vergiftet. In Bolivien sind 1938 insgesamt 4,8 Millionen Kilogramm Koka erzeugt worden, wovon 4,4 Millionen Kilogramm im Land blieben. Da ein Kilo Koka etwa 2,5 Gramm Kokain enthält, so wurden in dem genannten Jahr 11 000 Kilogramm (11 Tonnen) Kokain dem einheimischen Genuß zugeführt!

Die «Wohnungen» der indianischen Bevölkerung werden fast allgemein als untermenschlich, kaum für Tiere angemessen, beschrieben. Von genügender Kleidung und Beschuhung – das Klima in den hochgelegenen Landesgegenden ist rauh – ist ohnehin keine Rede. Entsprechend dürftig ist auch die öffentliche Erziehung. In Bolivien sind 75 Prozent der Bevölkerung ungeschult; nicht mehr als der sechste Teil der Kinder im schulpflichtigen Alter bekommt tatsächlich Unterricht, und kaum 30 Prozent der Lehrkräfte auf dem Land sind genügend ausgebildet. Ähnlich ist es in anderen Staaten. Ein Hauptgrund für die mangelnde Schulung ist, daß die Kinder eben schon sehr früh mitverdienen müssen. In Brasilien zum Beispiel waren 1940 rund 2 220 000 Jugendliche (bis zu 19 Jahren) als landwirtschaftliche Lohnarbeiter beschäftigt, in Uruguay 86 000 Kinder unter 14 Jahren. Auch die Frauenarbeit ist sehr verbreitet. Nach dem ILO-Bericht über die «Lebens- und Arbeitsverhältnisse eingeborener Bevölkerungen lateinamerikanischer Länder (Genf 1949) sind in Brasilien und Peru mehr als die Hälfte aller lohnverdienenden Frauen in der Landwirtschaft tätig (in den Vereinigten Staaten waren es 1,22 Prozent im Jahr 1940). «Im allgemeinen sind die Löhne unzulänglich, die Arbeitsstunden oft übermäßig lang und Unterernährung, Mangel an gesundheitlichen Einrichtungen sowie schlechte

Wohnungsverhältnisse weit verbreitet. Das sind Tatsachen, unter denen die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen besonders schwer leiden angesichts der Lasten der Mutterschaft und der Familienpflichten.»

Die Lage der Bergarbeiterbevölkerung in den Anden wird als besonders traurig geschildert. Die Arbeit ist schwer, der Lohn gering, die Ernährung völlig ungenügend, und die in der dünnen Höhenluft besonders häufige Versteinerung der Lunge (Silikose) macht auch für Tuberkulose doppelt anfällig. Die Kindersterblichkeit sei in diesen Bezirken ungewöhnlich hoch, so daß teilweise geradezu der Arbeiternachwuchs und damit die Zukunft der Industrie in Frage gestellt sei.

Erwähnen wir zum Schluß, als Beispiel für die Verhältnisse in Mittelamerika, noch die Lage der unteren Volksklassen in der britischen Kolonie *Jamaika*. (Wir stützen uns vor allem auf einen Aufsatz von Harvey O'Connor in der Neuyorker «Monthly Review», Januar 1952.) Ein Drittel der Bevölkerung der Hauptstadt Kingston und ein Drittel der Schulkinder auf der ganzen Insel hungern und lassen es auch erkennen. Die 140 000 Arbeitslosen (bei 860 000 Einwohnern) werden als «Treibbeet des Kommunismus» empfunden. Allerorten herrscht schmutzigste Armut und Verkommenheit. Weniger als die Hälfte der Kinder geht in die Schule. Auf dem Land ist der Gesundheitsdienst völlig unzulänglich. Die Sterblichkeit ist zwar nicht viel höher als in den USA, aber Krankheiten und Seuchen lähmen dennoch die Tatkraft des Volkes. In Kingston ist immerhin die Zahl der Todesfälle infolge von Tuberkulose fünfmal größer als in den Vereinigten Staaten. Jeden Tag werden den vier Kliniken der Stadt hundert neue Fälle von Geschlechtskrankheiten gemeldet. Elsie Grant berichtet in den Londoner «Peace News» vom 13. Juli 1951: «Die Patienten müssen in den Spitälern zu zweit oder dritt in einem Bett schlafen. Als ich in eine überfüllte Frauenklinik eintrat, sah ich zwei Frauen in einem Bett liegen, die eine in den letzten Stadien der Wehen... Würden wir alle auch nur die Hälfte von dem glauben, was wir so kraftvoll über die Vaterschaft Gottes und die Bruderschaft der Menschen bekennen, dann würden wir die Kriegsrüstungen zerstören und uns ans Werk machen, um Kolonien, wie Jamaika, zu helfen.»

Wobei die Hilfe freilich vor allem in einer gründlichen Umgestaltung der wirtschaftlichen Ordnung bestehen müßte; denn auch auf Jamaika herrscht ausgesprochen kolonialkapitalistische Ausbeutungswirtschaft. Die fruchtbaren Böden sind im Besitz von Plantagen (für Rohrzucker, Bananen, Kakao, Baumwolle usw.); das zerklüftete Bergland wird Bauern überlassen, die zum allergrößten Teil nicht mehr als 10 Acres besitzen, während für den Unterhalt einer Familie mindestens 30 Acres nötig wären. In Handel und Industrie aber findet nur ein geringer Prozentsatz der «überschüssigen» Arbeitskräfte Verdienst – und auch hier nur einen kärglichen, zumal wenn man die Teuerung für eingeführte Lebensmittel in Betracht zieht, wie Weißbrot, das für die unteren Klassen ein Luxus ist.

Schlußfolgerungen Es wäre eigentlich nötig, auch noch etwas über die zurückgebliebenen Länder *Europas*, insbesondere Südeuropas, zu sagen: Spanien und Portugal, Italien und Griechenland, aber auch Frankreich, das wirtschaftlich und sozial regelrecht zu verfallen droht. Allein wir müssen uns vorbehalten, die Lage in diesen Ländern im Zusammenhang ein anderes Mal zu beleuchten, und wollen es mit der, ach nur skizzenhaften Darstellung der Elendslage der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika genug sein lassen. Die Schlußfolgerungen daraus dürften ohnehin klar sein. Wir wollen sie nur ganz knapp zusammenfassen:

1. Das überragende, vordringlichste Problem, das sich auf gesellschaftlichem Gebiete der Menschheit des 20. Jahrhunderts stellt, ist die Hebung der in Armut und Not versunkenen zwei Drittel der Erdbevölkerung auf die Stufe eines menschenwürdigen Lebens.

2. Die Lösung dieses Problems fällt zusammen mit der Überwindung der kapitalistischen und feudalistischen Ausbeutungswirtschaft, die der große, der lebensgefährliche Feind der Menschheit und Menschlichkeit bleibt und in erster Linie auch für das Elend in den unterentwickelten Ländern der Erde verantwortlich ist. Weder egoistische Sattheit, die sich nur um das eigene Wohlergehen kümmert, noch ein verblendeter Antikommunismus, der den Kreuzzug für die Rettung der «freien» Welt führen hilft, soll uns vom Kampf gegen *diesen* Feind ablenken.

3. Die «rückständigen» Völker, insbesondere in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, sind bereits in voller Auflehnung gegen den sie ausbeutenden Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus begriffen. Wenn diese Auflehnung meist gewalttätige Formen annimmt, so ist das angesichts des sozialen und geistigen Zustandes der betreffenden Völker nur zu begreiflich. Im alten Rußland lagen ja die Dinge nicht viel anders. Es ist darum nichts als natürlich, daß der russische Kommunismus *seine* Befreiungsmethode auch den noch heute vom Feudalismus und Kapitalismus unterjochten Nationen als den einzig Erfolg versprechenden Weg anbietet. Auf jeden Fall schauen alle diese Völker auf die Sowjetunion als Vorbild und Bundesgenossen, auch wenn sie keineswegs unter russische Herrschaft zu kommen wünschen.

4. Die westlichen Demokratien und das landläufige Christentum wollen diese Sachlage nicht anerkennen. Sie sehen die große Gefahr für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit vor allem im Kommunismus, den sie darum mit Waffengewalt und durch künstliche Stützung des Kapitalismus und Feudalismus, der politischen Reaktion und des Faschismus in Schach halten und zerschlagen zu können wähnen. Sie bekämpfen so die weltweite soziale Revolution mit der weltweiten Gegenrevolution, die immer deutlicher in einen kriegerischen Zusammenprall der beiden Lager einzumünden droht. Auch die Schweiz gleitet mehr und mehr ins gegenrevolutionäre Lager ab, dessen militärischer Aufrüstung sie sich

tatsächlich, wenn auch unter der Fahne der Neutralität, längst angeschlossen hat.

5. Die kommunistische Form der Weltrevolution kann nur vermieden werden, wenn die demokratisch-christlichen Völker des Westens die unaufschiebbare Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen bejahen und sie in dem Geist vollziehen, auf den sie sich in ihrem Kampf gegen den Kommunismus immer berufen, mit dessen Erweckung und Betätigung sie aber nicht ernst machen wollen.

6. Der Weg zu *dieser* Weltrevolution wäre sofort frei, wenn die westlichen Völker die riesigen Kräfte und Mittel, die sie jetzt auf Kriegsrüstungen verwenden – mit fortschreitender Zerrüttung ihres Wirtschafts- und Kulturlebens –, dem Aufbau einer sozialen Weltplanwirtschaft und besonders der großzügigen Hilfe an die unterentwickelten Völker zuzuführen sich entschließen könnten. Wie eine solche Hilfe aussehen müßte, auf welche Länder sie sich vor allem zu erstrecken hätte, was für Kräfte und Mittel in ihren Dienst gestellt werden könnten, das mag in einer späteren Weltrundschau gezeigt werden. Ansätze für eine weltweite Planwirtschaft gibt es ja bereits verschiedene – Trumans Punkt vier, Colomboplan, Vorschläge für eine Reform des britischen Kolonialregimes, Pläne für die Entwicklung Indiens, Brasiliens usw., Programme der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO usw. –, aber eben, es sind bisher nur Ansätze oder gar bloß papierene Entwürfe. Der entscheidende Durchbruch muß erst noch kommen. Möchte er doch *bald* kommen! Es ist vielleicht doch noch Zeit, in Freiwilligkeit und friedlicher Zusammenarbeit eine Umwälzung zu vollbringen, die, wenn sie unter Zwang und mit Blutvergießen geschähe, viel von der Großartigkeit einbüßen müßte, die heute als Hoffnung und Möglichkeit noch vor uns steht. Aber es muß *gehandelt* werden. Denn *jetzt* ist die Zeit, da die Schwerter zu Pflugscharen und die Tanks zu Traktoren umgeschmiedet werden müssen, damit kein Volk mehr das Schwert wider das andere erheben kann und sie nicht mehr Krieg führen lernen.

26. März. *Hugo Kramer*

Friedensbewegung „Der dritte Weg"

Wir machen unsere Leser vorläufig auf diesen bedeutsamen und zu begrüßenden Versuch zu neuer Lösung in der verhängnisvoll einseitig zugespitzten Frage Ost–West aufmerksam und behalten uns vor, uns darüber eingehender zu äußern. Inzwischen haben die ersten beiden Konferenzen stattgefunden und sollen, wie uns Pfr. Strijd schreibt, eine ansehnliche Beteiligung und großes Interesse gefunden haben.

Es dünkt uns, auch die Zukunft der Schweiz hänge davon ab, daß sie nicht bloß eine staatspolitische Neutralität wahrt, sondern vielmehr